



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 6 7 - 0 0 0 5**  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: **Friedhofsentwicklungskonzept 2030**  
Anlage/n siehe Seite 3

Dezernat(e) V/67

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> <b>wird im Internet/PIWI veröffentlicht</b>	

## Bestätigung Dezernent/in

Andreas Kowol

Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2017		91.495 €	91.495 €		1300210	630098	Personalkosten Friedhöfe
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>91.495</b>	<b>91.495</b>				

	x	2018 ff.		156.850 €	156.850 €		1300210	630098	Personalkosten Friedhöfe
<b>Summe Folgekosten:</b>				<b>156.850 €</b>	<b>156.850 €</b>				

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung: Mehrbelastung Personalbudget

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Besetzung zweier Planstellen ab 01.06.2017 zur Erarbeitung und Umsetzung einer Friedhofsflächenbedarfsanalyse und zur Entwicklung von Strategien zur nachfrageorientierten Neuausrichtung der Wiesbadener Friedhöfe für 2030. Darüber hinaus sollen kontinuierlich Konzepte für eine langfristige und nachhaltigen Sanierung der vorhandenen Infrastruktur erarbeitet und realisiert werden.

Anlagen: Keine

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 das Grünflächenamt ein Friedhofsentwicklungskonzept 2030 für alle 22 Wiesbadener Friedhöfe erarbeiten und dieses dauerhaft umsetzen wird.
  - 1.2 hierfür zwei vorhandene und nicht budgetierte Planstellen ab 01.06.2017 besetzt werden und die Refinanzierung über den Gebührenhaushalt der Friedhöfe erfolgt.
  - 1.3 hierfür die Friedhofssatzung sowie die Friedhofsgebührenordnung den Anforderungen einer zukunftsfähigen Friedhofsstruktur angepasst wird.
2. Zur Erstellung und Umsetzung eines Friedhofsentwicklungskonzepts 2030 werden dem Personalkostenbudget bei der Kostenstelle 1300210 (Personal Friedhöfe) Mittel in Höhe von 91.495 € in 2017 sowie jeweils 156.850 € in 2018 und 2019 bereit gestellt und auftrags- und kassenmäßig freigegeben.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zu 1.1

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterhält in 20 Bestattungsbezirken insgesamt 22 Friedhöfe, die neben der Bestattung und dem Gedenken Verstorbener, auch eine Vielzahl an städtebaulichen Funktionen haben. Sie sind nicht zuletzt ein wichtiger Bestandteil der klima- und umwelthygienischen Stadtentwicklung sondern besitzen wie andere Grünanlagen auch, einen hohen sozialen und kulturellen Wert für die Stadtgesellschaft.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der zunehmenden Änderung der Bestattungskultur, sollen die Wiesbadener Friedhöfe durch das Friedhofsentwicklungskonzept 2030 zukunftsfähig gemacht werden. Die Ergebnisse dienen der Friedhofsverwaltung für ein bedarfsgerechtes Flächenmanagement und sie geben Anhaltspunkte für eine Optimierung des Pflegezustandes. Das Konzept soll zukunftsweisende Antworten auf die finanzielle Ausstattung geben damit die Anforderungen und Ziele des Gesetzes über die kommunalen Abgaben (KAG) dauerhaft und wirtschaftlich sichergestellt werden.

Zu 1.2 und 1.3

Das Aufgabenfeld der Planstellen ist für eine kontinuierliche und fachlich qualifizierte Grundlagenermittlung und Kalkulation der Friedhofsfinanzierung erforderlich. Die beiden im Grünflächenamt vorhandenen, aber derzeit nicht budgetierten Planstellen werden über den Gebührenhaushalt (durch die Wiesbadener Friedhofsgebührensatzung) refinanziert. Aufgrund der Neustrukturierung im Grünflächenamt wird eine Stellenbesetzung bis zum 01.06.2017 angestrebt.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

Der demographische Wandel und die im Umbruch befindlichen Bestattungsformen stellen die Friedhofsplanung vor neue Herausforderungen. Die kontinuierliche Erarbeitung und Fortschreibung eines Friedhofsflächenbedarfskonzept 2030 ermöglicht ein frühzeitiges und strategisches Steuern der Friedhofsentwicklung.

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Durch die Neuorganisation des Grünflächenamts und der Bildung einer eigenen Friedhofsabteilung sollen die Wiesbadener Friedhöfe langfristig saniert und zukunftsfähig gemacht werden. Schon heute muss das Grünflächenamt den vielfältigen Anforderungen an eine veränderte Friedhofs- und Bestattungskultur gerecht werden. Allein der Trend zur Urnenbestattung (in Wiesbaden bei über 80 % im Jahr 2016) sorgt für eine Vielzahl von Überhangflächen, die aufwändig gepflegt und instandgehalten werden müssen. Hierfür müssen neue Nutzungskonzepte und Ideen entwickelt werden, damit die Friedhöfe ihrem Sinn und Zweck auch weiterhin entsprechen können. Auch der Deutsche Städtetag fordert im Jahr 2016 in einem Positionspapier zur „Sicherung der Zukunft von kommunalen Friedhöfen“ auf. Hierfür müssen neue Bestattungsarten entwickelt und angeboten werden, um den neuen Anforderungen der Friedhofsnutzer gerecht zu werden.

Darüber hinaus müssen die steigenden Anforderungen des Denkmalschutzes bei der Gestaltung und Planung berücksichtigt werden. Die Wiesbadener Friedhöfe spiegeln nicht nur die Sepulkralkultur und Geschichte dieser Stadt wieder, sondern sie sind auch Orte der Ruhe und Erholung für viele Besucherinnen und Besucher. Der Nord- und Südfriedhof haben dabei einen überregionalen Bekanntheitsgrad. Die Stadt ist als Betreiber der Friedhöfe auch für das kulturelle Erbe verantwortlich.

Aus diesen Gründen müssen auch die Friedhofssatzung sowie die Friedhofsgebührenordnung den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Die Gebührenausgleichsrücklage ist aufgebraucht, im Jahr 2016 haben die Wiesbadener Friedhöfe mit einem Defizit i. H. v. 312.965 € abgeschlossen.

Es stehen bereits zwei geeignete Planstellen (EG11 und EG 12 TVöD) im Grünflächenamt zur Verfügung.

## **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 10. April 2017

Abteilung	Kürzel	Tel.
6701/6704	de	2903

Andreas Kowol  
Stadtrat